

Forum Arbeit



ZUR SACHE Gemeinsam Chancen ermöglichen **MAGAZIN**
Nachrichten aus dem Verband **TITEL** Chancen ermöglichen
BAG ARBEIT TRIFFT Prof. Dr. Klaus Dörre **VOR ORT** Neue
Arbeit Arnsberg und Wolfsburger Beschäftigungsgesellschaft
VERANSTALTUNGSTIPPS Seminare auf einen Blick
NACHGEFRAGT bei Britta Sophie Weck



Zur Sache

- Gemeinsam Chancen ermöglichen 2
Petra Walter

Magazin

- Spardiktat trifft öffentlich geförderte Beschäftigung 3
- Beschäftigungsausbau der Alleinerziehenden erfolgt über Teilzeitbeschäftigung 3
- Aktuelle Rechtsprechung Vergabe 4
- Arbeit statt Arbeitslosigkeit finanzieren? Kommentare unserer Bundestagsabgeordneten 6
- Buch- und Filmtipp 10

Chancen ermöglichen

- Flexible Förderinstrumente verbessern Eingliederungschancen von Langzeiterwerbslosen 11
PD Dr. Joachim Wolff, Tamara Harrer, Dr. Andreas Moczall
- „Sprache trifft Beruf“: Sondierungstagungen geben fachübergreifender Integrationsarbeit neue Impulse 14
Christina Bruhn und Christian Rattinger
- Alleinerziehende im SGB II - Wege in die berufliche Integration 17
Monika Maas

bag arbeit trifft

- Prof. Dr. Klaus Dörre 20

Vor Ort

- Neue Arbeit Arnsberg 24
- Wolfsburger Beschäftigungsgesellschaft 28

Veranstaltungstipps

- Nachgefragt 32
Britta Sophie Weck

Arbeit statt Arbeitslosigkeit finanzieren?

Kommentare unserer Bundestags- abgeordneten

Die Wirtschaft in Deutschland brummt. Die Beschäftigungsquote befindet sich auf einem Rekordhoch. Nur bei den Langzeitarbeitslosen tut sich rein gar nichts. Die bisherigen arbeitsmarktpolitischen Instrumente geben darauf keine Antwort. Dabei ist bekannt, dass die Chancen auf Arbeit sinken, je länger die Arbeitslosigkeit andauert, und ohne Perspektiven auf ein eigenes, existenzsicherndes Einkommen werden die Menschen immer mehr an den Rand der Gesellschaft gedrängt.

Ein moderner Sozialstaat darf Langzeitarbeitslosigkeit nicht zulassen. Kurzfristige Programme und auch die Unterscheidung zwischen „erstem“, „zweitem“ oder gar „drittem“ Arbeitsmarkt sind nicht die Lösung. Notwendig ist vielmehr ein Perspektivwechsel hin zu einem Arbeitsmarkt für alle. Und damit der Arbeitsmarkt tatsächlich für alle offen steht, muss die öffentlich geförderte Beschäftigung zu einem dauerhaften Angebot für langzeitarbeitslose Menschen werden und zwingend über die Aktivierung der passiven Leistungen finanziert werden. Das heißt, statt Hartz IV und Wohnung bezuschusst der Staat künftig einen regulären sozialversicherungspflichtigen Arbeitsplatz, der

sich am Tarif- oder Mindestlohn orientiert – ohne das Budget für andere Unterstützungsangebote zu belasten.

Neben dem Passiv-Aktiv-Transfer müssen auch die anderen Rahmenbedingungen stimmen. Voraussetzung ist Freiwilligkeit und nur daran darf sich der Ausbau der geförderten Beschäftigung orientieren. Neben einer sozialpädagogischen Begleitung muss die Förderung zwischen 75

und 100 Prozent liegen. Wichtig ist auch, dass die bisherigen Kriterien „zusätzlich, im öffentlichen Interesse und wettbewerbsneutral“ entfallen, damit sich auch wirklich alle Betriebe an der sozialen Integration von langzeitarbeitslosen Menschen beteiligen können.

Zentrales Ziel ist soziale Teilhabe. Mit dem Passiv-Aktiv-Transfer kommen langzeitarbeitslose Menschen dauerhaft aus dem Hilfebezug heraus. Sie verdienen

eigenes Geld, nehmen wieder am gesellschaftlichen Leben teil. Und das hat Auswirkungen auf Gesundheit und Selbstwertgefühl. So entsteht eine inklusive Gesellschaft, die nicht mehr ausschließt, sondern die Würde der Menschen in den Mittelpunkt stellt.



Unsere Autorin Beate Müller-Gemmeke ist Mitglied des Deutschen Bundestages der Fraktion Bündnis 90 / die Grünen und Sprecherin für ArbeitnehmerInnenrechte und aktive Arbeitsmarktpolitik

In den letzten Jahren fand eine positive Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt statt. Die Zahl der Langzeitarbeitslosen ist seit 2008 um mehr als eine halbe Millionen gesunken.

Trotz dieses Trends gibt es immer noch eine Gruppe von ca. 218.000 Personen, die seit mehr als vier Jahren arbeitslos sind (Stand Januar 2018). Diese konnten bisher nicht von der guten Arbeitsmarktlage profitieren und werden von der klassischen Arbeitsförderung nicht erreicht. Damit wir diesen Menschen eine Chance bieten, sind ein größerer Ehrgeiz und eine konsequente Orientierung am Ziel der aktiven Teilhabe am Arbeitsmarkt bereits im Rahmen von Förderungen nötig.

Ausgehend von der Grundidee, lieber Arbeit statt Arbeitslosigkeit zu finanzieren, bieten sich Möglichkeiten, frühere Fehlentscheidungen in der Arbeitsmarktpolitik zu korrigieren. Insbesondere die Dauer angebotener Maßnahmen muss verlängert werden. Außerdem brauchen wir eine Abkehr von den bisherigen Beschränkungen wie den Geboten der Zusätzlichkeit, der Wettbewerbsneutralität und des öffentlichen Interesses. Dadurch könnte mehr Marktnähe der Fördermaßnahmen erreicht werden. Ein „Training on the marktnahen Job“ sollte das Leitbild künftiger Förderung langzeitarbeitsloser Personen werden.

Bei der Anwendung der Idee des Passiv-Aktiv-Tauschs wären die hierfür benötigten Mittel vorhanden. Wir müssen anerkennen, dass es für einen bestimmten Personenkreis möglicherweise keine Möglichkeit gibt, ohne öffentlich geförderten Lohn im allgemeinen Arbeitsmarkt seinen

Platz zu finden. Gleichwohl können wir in Zeiten des Fachkräftemangels auf ihr Leistungspotenzial nicht verzichten.

Daher ist es auch entscheidend, die Unterneh-



Unser Autor Pascal Kober
ist Mitglied des Deutschen Bundestags der
FDP Bundestagsfraktion

men des allgemeinen Arbeitsmarktes dafür zu gewinnen, bisher hoch anspruchsvolle Arbeitsprozesse neu zu denken und neu zu strukturieren, damit einfachere Aufgaben zur Erledigung anfallen. Das gehört zu den größten Herausforderungen dieses Ansatzes.

Anspruch zukünftiger Arbeitsmarktpolitik muss sein, dass kein Mensch mehr den Tag ohne eine ihn fördernde und qualifizierende Tätigkeit verbringen muss.

Die Reduzierung von Langzeitarbeitslosigkeit ist eine Aufgabe, an der sich schon viele Arbeitsminister mal mit weniger, mal mit mehr Erfolg versucht haben. In der Bundesagentur für Arbeit wurden in den letzten Jahrzehnten dazu mehrere Reformen angestoßen, die zu einem guten Ergebnis geführt haben und für die wir im Ausland geschätzt werden. Die Behörde ist schlanker, effizienter und erfolgreicher geworden. Ohne Zweifel haben die Hartz-Reformen der frühen 2000er Jahre die Arbeitsmarktpolitik in Deutschland auf neue Füße gestellt. Natürlich zählt auch das Experimentieren zur Lösung eines Problems.

So zeigten einst Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen (ABM) oder 1-Euro Jobs nur mäßigen Erfolg und waren oft ziellos und sinnfrei. Es wurde ein zweiter, wettbewerbsfremder Arbeitsmarkt etabliert, der die verfestigte Arbeitslosigkeit nicht beseitigte. Der Passiv-Aktiv-Transfer folgt einer ähnlichen Systematik. Die von verschiedenen Experten geäußerte Kritik ist deshalb nachvollziehbar.

In Zeiten von Rekordbeschäftigung und freien Stellen macht ein öffentlicher Beschäftigungssektor keinem Sinn. Auch steht der Aufwand von vier Milliarden Euro für rund 150.000 Personen in



Unsere Autorin Jana Schimke
ist Mitglied des Deutschen Bundestages
der CDU-Bundestagsfraktion

keinen ausgewogenen Verhältnis. Vielmehr gilt es, Langzeitarbeitslose ohne Umwege in den ersten Arbeitsmarkt zu integrieren. Dafür müssen wir unsere Jobcenter finanziell und personell besser ausstatten. Die Mischung aus Personalmangel, umfassender Widerspruchsbearbeitung und komplexer Fälle führt heute dazu, dass ein Berater mehr Sozialarbeiter, als Vermittler ist. Zudem verfügen wir bereits mit Eingliederungszuschluss, Qualifizierungsmaßnahmen oder auch Sanktionsmöglichkeiten über di-

verse Instrumente zur Arbeitsmarktintegration, welche fortgeschrieben und weiterentwickelt werden müssen.

Unser Arbeitsmarkt befindet sich in einem ständigen Wandel, auf den Arbeitsvermittlung und Arbeitsmarktpolitik reagieren müssen. Eine ganzheitlicher Ansatz, der schon frühzeitig ansetzt, Kindern und Jugendlichen die Vielfalt und Chancen der Arbeitswelt zu vermitteln und Berufsorientierung nicht nur als etwas betrachtet, das kurz vor Verlassen der Schule akut wird, ist dafür die Grundlage.

Der deutsche Arbeitsmarkt ist gespalten. Die Erwerbstätigenzahl erreicht Höchststände, zugleich geht der anhaltende Aufschwung an den Langzeiterwerbslosen fast vollständig vorbei. Als Abgeordnete erfahre ich von vielen Menschen direkt, was lange Arbeitslosigkeit mit Menschen und ihren Familien anrichtet. Durch die vielen Umbrüche sind die Menschen in Ostdeutschland besonders von Langzeiterwerbslosigkeit betroffen. Selbst ehemalige Ingenieure sind nach jahrelanger Arbeitslosigkeit oft nicht mehr in der Konstitution, einer Erwerbsarbeit nachzugehen. Dabei ist Arbeit in unserer Gesellschaft weit mehr als bloßes Geldverdienen. Arbeit ist entscheidend für die soziale Stellung und Zugehörigkeit. Keine Arbeit zu haben, bedeutet nicht nur materielle Abhängigkeit sondern oftmals auch gesellschaftliche Ausgrenzung. Wir dürfen uns daher als Gesellschaft im Interesse der betroffenen Menschen und ihrer Familien niemals mit verfestigter Arbeitslosigkeit abfinden. Für uns als SPD ist schon lange klar, dass es öffentlich geförderte Beschäf-

tigung geben muss, um den Menschen aus der Langzeiterwerbslosigkeit zu helfen. Ich bin froh, dass nun endlich auch die Union ihren jahrelangen Widerstand aufgegeben hat und sich im Koalitionsvertrag mit der SPD auf die Einrichtung eines sozialen Arbeitsmarktes einlassen konnte. Ich halte den Koalitionsvertrag an dieser Stelle für sehr gelungen. Vorgesehen ist ein sozialer Arbeitsmarkt für 150.000 Menschen. Jährlich

werden hierfür eine Milliarde Euro zusätzlich im SGB II bereitgestellt. Die Länder können zudem die passiven Mittel aktivieren. Dann würde nicht mehr Arbeitslosigkeit finanziert, sondern sinnstiftende Arbeit (Passiv-Aktiv-Tausch). Wenn wir 150.000 Langzeiterwerbslose in Arbeit bringen, wäre das ein enormer Fortschritt, vor allem für die betroffenen Menschen. So können wir den endlich bezahlte sinnstiftende Tätigkeitsfelder eröffnen und damit auch ein Stück Würde zurückgeben.



Unsere Autorin Daniela Kolbe
ist Mitglied des Deutschen Bundestages
der SPD-Bundestagsfraktion und
Generalsekretärin der SPD Sachsen

Magazin

Der Gedanke, Arbeit statt Arbeitslosigkeit zu finanzieren, ist richtig und zielführend. Seine Umsetzung sollte endlich auf bundespolitischer Ebene gesetzlich verankert werden und nicht mehr nur in sehr kleinen, regionalen Modellprojekten verkümmern.

Aktuell werden von der BA, den Kommunen, dem Bund und den Sozialversicherungen 55,5 Milliarden Euro für die Kosten der Arbeitslosigkeit ausgegeben: Regelsatz, KdU, Mindereinnahmen bei Steuern und Sozialbeiträgen. Wenn diese Summe komplett für Erwerbstätigkeit ausgegeben würde, könnte man auf der Grundlage von knapp 9 Euro Mindestlohn ca. 2,5 Millionen Menschen in Vollzeit sozialversicherungspflichtig beschäftigen – ziemlich genau die aktuelle Zahl der offiziell Arbeitslosen.

Die gesellschaftlichen Kosten der aktuellen Arbeitsmarktpolitik gehen dabei weit über die fiskalischen Kosten hinaus. Wenn Erwerbstätigkeit finanziert würde statt Arbeitslosigkeit, würden soziale Teilhabe, lokale Wirtschaft, Gesundheit und Qualifikation gestärkt. Die heutigen Arbeitsmarktinstrumente sind unflexibel

und holzschnittartig. Auf der Basis von Passiv-Aktiv-Transfer könnte eine grundsätzlich für Langzeitarbeitslose zur Verfügung stehende Option auf einen sozialversicherungspflichtigen Erwerbseinstieg entstehen. Dies sollte auch schon nach möglichst kurzer Zeit der Arbeitslosigkeit abrufbar sein, um Dequalifizierung und Verfestigung von vornherein entgegen zu wirken.

Die Integration in den Arbeitsmarkt bleibt zwar Leitlinie, muss sich aber an den individuellen Voraussetzungen orientieren. Dazu gehört zum Beispiel die Möglichkeit, Befristungen wie auch Arbeitsvolumen anzupassen und entsprechende Qualifizierungsbausteine anzubieten. Für alle, die

aus Arbeitslosigkeit, Kinderbetreuung oder Ausbildung den (Wieder-)Einstieg suchen, darf es nicht um irgendeinen möglichst schnellen Einstieg gehen, sondern um einen nachhaltigen Einstieg mit Perspektive. Die beschränkten Effekte der bisherigen Arbeitsmarktinstrumente sind sattsam bekannt. Es wäre endlich an der Zeit umzudenken und entsprechend zu handeln.



Unsere Autorin Claudia Bernhard ist Abgeordnete in der Bremischen Bürgerschaft und Sprecherin für Arbeitsmarkt, Frauenpolitik, Stadtentwicklung und Wohnen bei der Fraktion DIE LINKE

Buchtipps

Robin Alexander: Die Getriebenen

Merkel und die Flüchtlingspolitik: Report aus dem Innern der Macht

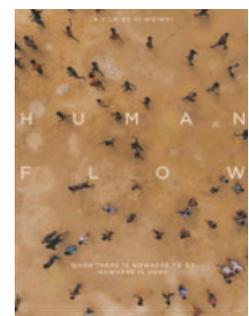
Das Sachbuch rekonstruiert die Entscheidungsprozesse in der Flüchtlingskrise und übt eine profunde Kritik an der Bundesregierung und insbesondere an Angela Merkel. „Stoff für einen Untersuchungsausschuss“ laut Cicero, dagegen ein „Manipulativer Politkrimi“ für die taz. Einig sind sie sich aber: Alexander liefert tiefe Einblicke ins Innenleben der Politik, schreibt spannend und bietet einen neuen Blickwinkel auf die Ereignisse von 2015.



Filmtipp

Human Flow (Deutschland, USA, China)

Bildgewaltig dokumentiert der chinesische Aktionskünstler Ai Weiwei das Ausmaß der weltweiten Migrationsbewegung. Drohnenaufnahmen wechseln sich mit der Handykamera ab und erkunden so zugleich eine Tragödie, die nicht die Menschheit, sondern den einzelnen Menschen trifft. Jenseits von Betroffenheitslyrik stellt er die Frage nach Menschlichkeit, Verantwortung und dem moralischen Zustand der westlichen Gesellschaft.





Abonnement – forum arbeit

Antwort – Fax

030 / 28 30 58 20

forum arbeit erscheint viermal im Jahr. Sie finden in der Verbandszeitschrift aktuelle Artikel, Interviews und Berichte sowie einen umfangreichen Serviceteil mit Terminen, Adressen und Literaturtipps rund um das Thema Beschäftigungsförderung.

Der Preis des Jahresabonnements beträgt zurzeit Euro 20,00 (zzgl. Versand und ggf. 7% MwSt.).

- ✂ -----
- Ich/ wir möchte/ n forum arbeit abonnieren und bitte/ n um Zusendung mit Rechnung an folgende Anschrift:

Name und Anschrift des Unternehmens:

Datum: _____ Unterschrift: _____

Bitte faxen Sie uns das ausgefüllte Formular zurück an 030- 283 058 20 oder senden uns das Formular per Email an info@bagarbeit.de.